

Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 274 „Wohnbebauung Hermann-Anton-Straße“ der Stadt Papenburg

- **Beschleunigtes Verfahren gem. § 13a (2) BauGB i. V. m. § 13 (3) BauGB**
- **Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**
- **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**

Im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 274 „Wohnbebauung Hermann-Anton-Straße“ der Stadt Papenburg, Ortsteil Aschendorf, handelt es sich um ein beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a (2) BauGB i. V. m. § 13 (3) BauGB. Daher wird auf die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB verzichtet.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB hat vom 13.10.2020 bis einschließlich 30.10.2020 stattgefunden. In diesem Zeitraum sind keine privaten Stellungnahmen eingegangen. Den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde im Zeitraum vom 01.10.2020 bis einschließlich 30.10.2020 Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß § 4 (1) BauGB gegeben. In diesem Zusammenhang sind 16 Stellungnahmen eingegangen, wovon sieben Anregungen bzgl. des Bebauungsplanes enthalten.

Stand: 21.12.2020

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Nr.	Von folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind Stellungnahmen ohne Anregungen oder Bedenken bzgl. des Bauleitplanverfahrens eingegangen:	Datum
1	Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim	27.02.2020
2	Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems	23.10.2020
3	Deutsche Telekom Technik GmbH (im Auftrag von: Telekom Deutschland GmbH)	29.10.2020
4	DMT Engineering Surveying GmbH & Co. KG (im Auftrag von: Avacon Netz GmbH, Purena GmbH, WEVG GmbH & Co KG)	15.10.2020
5	TenneT TSO GmbH	12.10.2020
6	Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Betriebsstelle Emsland, Außenstelle Aschendorf-Hümmling	20.10.2020
7	Staatliches Baumanagement Osnabrück-Emsland	30.10.2020
8	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	07.10.2020
9	Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“	07.01.2020

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
1 Landkreis Emsland, Schreiben vom 29.10.2020	
<p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><u>Abfall und Bodenschutz</u></p> <p>Ergänzend zu den Darstellungen in Kapitel 6 Abbildung 5 wird darauf hingewiesen, dass die süd-westlich zum Plangebiet gelegene „Frühere Hausmülldeponie“ als Altablagerung registriert ist. Diese Fläche wird im Altlastenverzeichnis des Landkreises Emsland unter der Anlagennummer 454 041 417 mit der Bezeichnung „Papenburg, Zw. B 70 u Emdener Str.“ geführt.</p> <p>Zum Vorhaben liegen der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde (UAB/UBB) u. a. folgende Unterlagen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> [01] Grundwassermeßstelle im Bereich des B-Planes, Auftragsnummer B0119, DHV-Gesuma, Juni 1993 [02] Gezielte Nachermittlungen (...) Altablagerung Stadt Papenburg zwischen B 70 und Emdender Straße, NLO-Anlagen-Nr.: 454 041 417, Geonova GmbH, 15.12.1995 <p>Gemäß [01] ist von einem süd-südöstlich gerichteten Grundwasserabstrom auszugehen. Seinerzeit wurden im Grundwasser chlororganische Verbindungen nachgewiesen. Eine Beeinträchtigung des Planungsgebietes über den Grundwasserpfad ist auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse wenig wahrscheinlich, kann aber nicht vollständig ausgeschlossen werden.</p> <p>Aus Gründen der Vorsorge sind im Planungsgebiet</p> <ul style="list-style-type: none"> - eventuell erforderliche Grundwasserhaltungen bei Tiefbaumaßnahmen vorab mit dem Landkreis Emsland Fachbereich Umwelt, abzustimmen und sachverständig zu begleiten und zu überwachen. - Grundwasserentnahmen zum Zwecke der Nutzung als Brauchwasser nur zulässig, wenn dieses Wasser vorher auf mögliche Verunreinigungen/Kontaminationen untersucht und durch ein entsprechendes Gutachten nachgewiesen wird, dass das Wasser unbelastet ist. 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die aufgeführten Hinweise werden zur Kenntnis genommen und entsprechend in den Entwurf des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>- Grundwasserentnahmen zum Zwecke der Nutzung als Trinkwasser unzulässig. Die Trinkwasserversorgung darf nur über das öffentliche Leitungsnetz erfolgen.</p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u></p> <p>Artenschutzrechtliche Belange: Das Plangebiet ist bis auf die nordwestliche Seite von einer vorhandenen Wohnbebauung umgeben. In nordwestlicher Richtung liegen unbebaute Grundflächen, die zurzeit mehrheitlich einer landwirtschaftlichen oder verwandten Nutzung (Grünland) unterliegen. Nördlich dieser Flächen setzt sich auch hier die Bebauung fort. Das Plangebiet selbst weist den Charakter einer landwirtschaftlichen Nutzung auf. Die Luftbildauswertung lässt eine ackerbauliche Nutzung erkennen. Gehölz- und Grünstrukturen, die geschützten Arten einen Lebensraum bieten oder Brut- und Lebensstätten geschützter Arten beherbergen, sind nur sporadisch anzutreffen. Aufgrund der Lage, der Nutzung und der Beschaffenheit des Plangebietes ist die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) ist nicht zwingend erforderlich.</p> <p>Forstfachliche Belange: Forstfachliche Belange werden von der Bauleitplanung nicht berührt.</p> <p>Naturschutzfachliche Belange: Die naturschutzfachlichen Belange werden den rechtlichen Vorgaben entsprechend berücksichtigt und im Kapitel 5 „Belange des Umweltschutzes, Punkt 5.1 „Natur und Landschaft“ des Erläuterungsberichtes abgehandelt.</p> <p><u>Abfallwirtschaft</u></p> <p>Zu den Planungsunterlagen wird folgender Hinweis gegeben: Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Trotz der derzeitigen Nutzung als landwirtschaftliche Nutzfläche und der innerörtlichen Lage, wird im Zuge des weiteren Bauleitplanverfahrens eine artenschutzrechtliche Prüfung in Form einer Potenzialabschätzung vorgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die zukünftigen Grundstücke werden an den öffentlichen Straßenverkehrsflächen gelegen sein, sodass es keine privaten Stichstraßen geben wird. Die neu geplanten Wohnstraßen werden an das bestehende Straßennetz anschließen,</p>

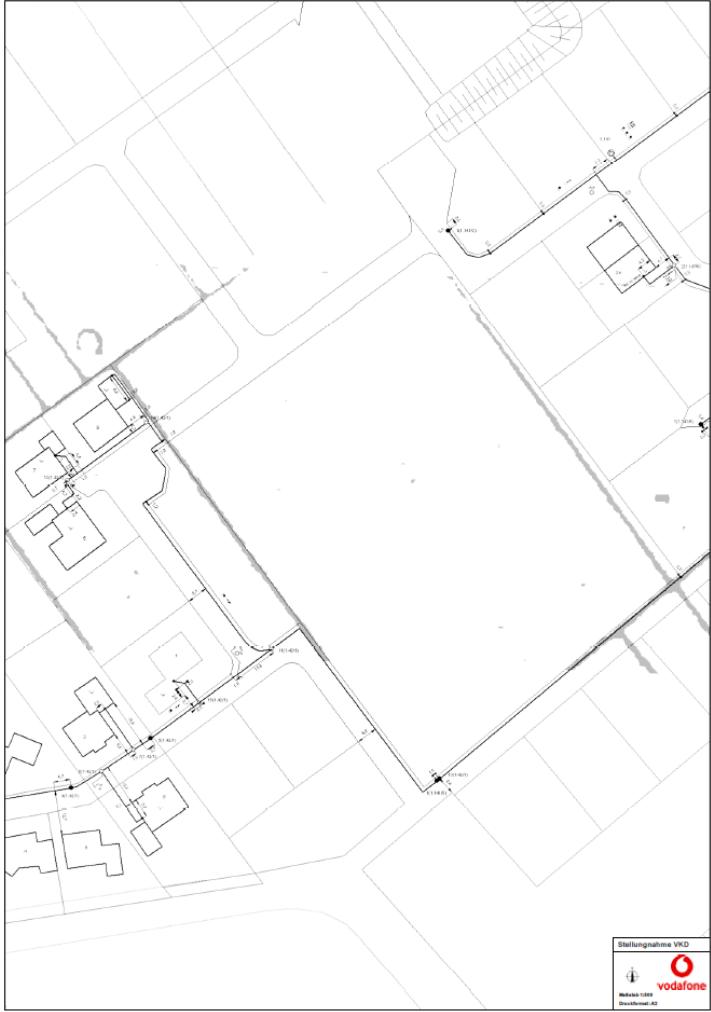
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit ist für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.</p> <p>Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass geeignete Stellflächen für Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen eingerichtet werden und dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Abfallbehälterstandplätzen ein vertretbares Maß (i. d. R. < 80 m) nicht überschreiten.</p> <p><u>Brandschutz</u></p> <p>Gegen die genannte Bauleitplanung bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken, wenn die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes bei der Ausführung wie folgt beachtet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für das geplante Wohngebiet ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 800 l/min (48m³/h für mindestens 2 Stunden vorhanden ist (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm). 2. Die Vorgaben der § 1 und § 2 DVO-NBauO sind zu beachten und umzusetzen. 3. Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit den zuständigen Brandschutzprüfer festzulegen. 4. Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können. 	<p>sodass die Erreichbarkeit durch die Abfallsammelfahrzeuge möglich sein wird.</p> <p>Das Plangebiet wird durch öffentliche Straßenverkehrsflächen erschlossen, sodass keine privaten Stichstraßen notwendig sind. Im nördlichen Bereich befindet sich eine öffentliche Straßenverkehrsfläche ohne Wendeanlage, welche für eine potenzielle Erweiterung des Wohngebietes vorgesehen ist.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließungsplanung berücksichtigt.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
2 Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Schreiben vom 21.10.2020	
<p>Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegluftebilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 20 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können: http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wurde bereits ein Antrag auf Luftbildauswertung gem. § 3 NUIG beim LGLN gestellt. Als Ergebnis wurde mitgeteilt, dass nach durchgeführter Luftbildauswertung keine Kampfmittelbelastung vermutet wird und kein Handlungsbedarf besteht.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>Stellungnahme zum öffentlichen Belang: Kampfmittelbeseitigung Betreff: Papenburg, B-Plan Nr. 274 „Wohnbebauung Hermann-Anton-Straße“ Antragsteller: Stadt Papenburg FB Planen / Umwelt</p> <p>Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):</p> <p>Empfehlung: Kein Handlungsbedarf</p> <p>Fläche A Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet. Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet. Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt. Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt. Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.</p> <p>Hinweise: Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p> <p>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
3 Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Schreiben vom 16.10.2020	
<p>wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 01.10.2020.</p> <p>Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg</p> <p>Neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>Weiterführende Dokumente:</p> <ul style="list-style-type: none">• Kabelschutzanweisung Vodafone• Kabelschutzanweisung Vodafone Kabel Deutschland• Zeichenerklärung Vodafone• Zeichenerklärung Vodafone Kabel Deutschland	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

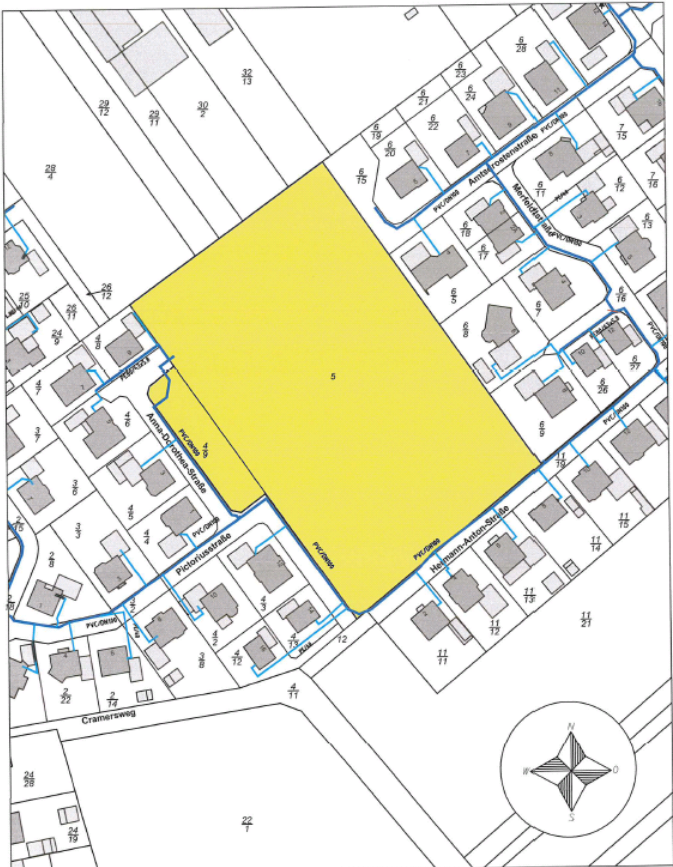



Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>Anlage:</p>  <p>Stellungnahme VVO</p> <p>Mikro-1000</p> <p>Deutschland AG</p> <p>© Vodafone Kabel Deutschland GmbH / © Vodafone GmbH</p>	<p>Im Rahmen des weiteren Bauleitplanverfahrens wird eine Abfrage sämtlicher Leitungsträger erfolgen und geprüft, ob sich daraus eine Einschränkung der hier in Rede stehenden Planung ergibt. Eine etwaig notwendige Umlegungsmaßnahme o. ä. wird frühzeitig mit dem jeweiligen Leitungseigentümer abgestimmt.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
4 EWE NETZ GmbH, Schreiben vom 12.10.2020	
<p>vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m für die Erschließung mit Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen) sowie die Bereitstellung notwendiger Stationsstellplätze mit ein.</p> <p>Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In die Planunterlagen wird ein Hinweis aufgenommen, wonach die Lage der Versorgungsleitungen den jeweiligen Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen ist. Dabei sind die jeweiligen Schutzvorkehrungen und Nutzungsbeschränkungen zu beachten. Im Rahmen der Erschließungsplanung werden mit den jeweiligen Leitungsträgern Abstimmungsgespräche geführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen der Erschließungsplanung erfolgt eine Abstimmung bzgl. der weiteren Planungen.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen.</p> <p>Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de.</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
5 Wasserverband Hümmling, Schreiben vom 28.10.2020	
<p>gegen die o.g. vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Es ist aber zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes erforderlich, seitens des Maßnahmenträgers im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straßen des Plangebietes einseitig einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung gestellt zu bekommen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist. Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungsstreifens dennoch vorgesehen ist, ist ein wiederverwendbarer Platten- oder Pflasterbelag zu wählen (kein Asphalt).</p> <p>Ferner wird auf die entlang der Anna-Dorothea-Straße und zum Teil im Plangebiet verlegte Trinkwasserversorgungsleitung hingewiesen und darum gebeten, Erdarbeiten in Leitungsnähe nach Bestimmung der genauen Leitungslage von Hand und mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Die Leitungstrasse ist von jeglicher Bebauung und Bepflanzung, insbesondere Baumbepflan-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In die Planunterlagen wird ein Hinweis aufgenommen, wonach die Lage der Versorgungsleitungen den jeweiligen Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen ist. Dabei sind die jeweiligen Schutzvorkehrungen und Nutzungsbeschränkungen zu beachten. Im Rahmen der Erschließungsplanung werden mit den jeweiligen Leitungsträgern Abstimmungsgespräche geführt.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
<p>zung, frei zu halten. Sofern die im Planbereich vorhandene Leitungstrasse als überbaubarer Bereich ausgewiesen werden sollte, ist frühzeitig mit dem Verband Verbindung aufzunehmen, um von hier dann die erforderlichen Leitungsumlegemaßnahmen einleiten zu können. Die Lage der vorhandenen Leitungen ist dem anbei liegenden Lageplan zu entnehmen.</p>	<p>Im Rahmen des weiteren Bauleitplanverfahrens wird eine Abfrage sämtlicher Leitungsträger erfolgen und geprüft, ob sich daraus eine Einschränkung der hier in Rede stehenden Planung ergibt. Eine etwaig notwendige Umlegungsmaßnahme o. ä. wird frühzeitig mit dem jeweiligen Leitungseigentümer abgestimmt.</p>
<p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind aus Sicht des Verbandes keine Anmerkungen zu machen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB																					
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung																				
Anlage:																					
<div><table><tr><td></td><td>Datum</td><td>Name</td><td>Anlage zur Stellungnahme des Wasserverbandes Hümmling: Ausstellung des Bebauungs- planes Nr. 274 „Wohnbebau- ung Hermann-Anton-Straße“ der Stadt Papenburg</td></tr><tr><td>Bearb.</td><td>28.10. 2020</td><td>J. Golla</td><td></td></tr><tr><td colspan="4">Maßstab: 1 : 1.500</td></tr><tr><td colspan="4"><small>Kartengrundlage: Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen © 2020 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Kartendienste</small></td></tr><tr><td colspan="3"></td><td>Planbereich (skizziert)</td></tr></table><div><p>Wasserverband Hümmling Rastdorfer Straße 100 49757 Werlte</p><p>Lageplan</p><ul style="list-style-type: none">— vorhandene Trinkwasserversorgungsleitungen— vorhandene Trinkwasserhausanschlüsseleitungen</div></div>			Datum	Name	Anlage zur Stellungnahme des Wasserverbandes Hümmling: Ausstellung des Bebauungs- planes Nr. 274 „Wohnbebau- ung Hermann-Anton-Straße“ der Stadt Papenburg	Bearb.	28.10. 2020	J. Golla		Maßstab: 1 : 1.500				<small>Kartengrundlage: Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen © 2020 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Kartendienste</small>							Planbereich (skizziert)
	Datum	Name	Anlage zur Stellungnahme des Wasserverbandes Hümmling: Ausstellung des Bebauungs- planes Nr. 274 „Wohnbebau- ung Hermann-Anton-Straße“ der Stadt Papenburg																		
Bearb.	28.10. 2020	J. Golla																			
Maßstab: 1 : 1.500																					
<small>Kartengrundlage: Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen © 2020 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Kartendienste</small>																					
			Planbereich (skizziert)																		

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
6 Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Schreiben vom 28.10.2020	
<p>seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen folgende Anregungen vorgetragen:</p> <p>Aus dem zur Innenentwicklung vorgesehenen Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt. Da derartige Fundplätze jedoch nie auszuschließen sind, sollte, sofern noch nicht geschehen, folgender Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen bzw. aktualisiert und besonders beachtet werden:</p> <p>Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Abteilung Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441 / 205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird im Zuge des weiteren Bauleitplanverfahrens in die Planunterlagen aufgenommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB	
Stellungnahme	Abwägung / Beschlussempfehlung
7 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Schreiben vom 08.11.2020	
<p>in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><u>Hinweise</u></p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Im Rahmen des weiteren Bauleitplanverfahrens wird eine entsprechende Baugrunduntersuchung durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>